

## **Verantwortung ernst nehmen**

### *Die grüne Afghanistanpolitik*

16/208

## **Afghanistan im Zentrum grüner Außenpolitik**

### **Grüne und Afghanistan**

Die Wahrung von Frieden und Menschenrechten ist ein Grundprinzip bündnisgrüner Politik. Damit steht auch Afghanistan immer wieder im Blickpunkt, leider zu oft wegen gewaltsamer Konflikte und der humanitären Herausforderungen wie während der Besetzung durch die Sowjetunion, im folgenden blutigen Bürgerkrieg und wegen der Situation der Frauen im repressiven Regime der Taliban.

Seit Jahren haben wir Grüne als Partei, im Parlament und in der Regierungsverantwortung das Bild der deutschen Afghanistan-Politik entscheidend mitbestimmt. Unter Rot-Grün fiel nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 die schwierige Entscheidung für die Intervention gegen das Talibanregime. Seitdem arbeiten wir für den Wiederaufbau des Landes. Währenddessen ist die Lage nicht einfacher geworden.

Afghanistan befindet sich noch immer in einem schweren Konflikt: Das Jahr 2008 sah einen traurigen Höhepunkt an Todesopfern unter der afghanischen Bevölkerung ebenso wie an getöteten Soldatinnen und Soldaten der internationalen Militärpräsenz. Die Diskussionen innerhalb der grünen Bundestagsfraktion und Partei über das internationale Engagement in Afghanistan führen wir differenziert und immer wieder auch kontrovers. Wir fordern einen Kurswechsel in Afghanistan hin zu einer deutlichen Stärkung des zivilen Wiederaufbaus. Da die schwarz-rote Bundesregierung das bisher nicht umgesetzt hat und unzureichend auf die großen Herausforderungen in Afghanistan reagiert, haben wir dem Mandat für den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der „International Security Assistance Force“ (ISAF) 2007 und 2008 überwiegend nicht zugestimmt. Wir stehen für eine verantwortungsvolle Afghanistan-Politik. Den populistischen Ruf der Linken nach „Sofortabzug“ lehnen wir ab, denn eine Umsetzung zum jetzigen Zeitpunkt könnte in Afghanistan einen neuen Bürgerkrieg auslösen.

### **9/11 und die Folgen**

Der 11. September 2001 hat schlagartig klargemacht, dass die Herrschaft der Taliban nicht nur für die afghanische Bevölkerung, sondern auch weltweit eine große Gefahr bedeutet. Bei den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon kamen über 3.000 Menschen ums Leben. Geplant wurden die Anschläge in Afghanistan, wo das Taliban-Regime der Al-Qaida-Führung Aufenthalt gewährte. Nach den Angriffen auf die USA erklärte die NATO erstmals den Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrags. In zwei Resolutionen stellte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen damals fest, dass von den Angriffen der Weltfrieden bedroht und das Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 UN-Charta gegeben sei. Auf dieser völkerrechtlichen Grundlage begannen die USA im Oktober 2001 im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ (OEF) mit Luftangriffen gegen das Taliban-Regime und einem Vormarsch mit verbündeten afghanischen Truppen vom Norden des Landes. Im Dezember 2001 war die Herrschaft der Taliban weitgehend beendet.

Für uns Bündnisgrüne war die Debatte um den Krieg in Afghanistan nie einfach – auch wenn der Sicherheitsrat das Recht der USA auf Selbstverteidigung festgestellt hatte. Es war absehbar, dass auch afghanische Zivilistinnen und Zivilisten Opfer sein würden. Andererseits konnte man hoffen, durch Beendigung der Taliban-Herrschaft endlich auch die schweren Menschenrechtsverletzungen und die katastrophale humanitäre Lage der Bevölkerung zu verbessern. Die rot-grüne Regierung stand vor einer Zerreißprobe. Am 16. November 2001 beschloss der Bundestag die deutsche Beteiligung an OEF und Ende desselben Jahres auch das Engagement in der – durch die Vereinten Nationen mandatierten – internationalen ISAF-Mission.

## **Für einen dauerhaften Frieden**

Uns ging es beim Bundeswehreinsatz in Afghanistan nie um die „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“, wie es der damalige Verteidigungsminister Peter Struck formulierte. Es stimmt: In Afghanistan wurden und werden auch Sicherheitsinteressen Deutschlands und der EU berührt. Aber es war von Anfang an klar, dass beim internationalen Engagement in Afghanistan nicht Militäroperationen das Mittel sein können, um den Frieden langfristig zu sichern. Die internationale Gemeinschaft übernahm die Verantwortung für das Land mit einem Ziel: Afghaninnen und Afghanen sollten ihr Land, ihre Gesellschaft und ihre Sicherheit selbst organisieren können. Mit dem Petersberg-Prozess wollte Rot-Grün die dafür notwendigen staatlichen Strukturen etablieren. Denn es ging und geht in Afghanistan um einen dauerhaften Frieden, um die humanitäre Versorgung der Bevölkerung und um Krisenprävention im multilateralen Zusammenhang. Deshalb griffen militärfixierte Ansätze im „Krieg gegen den Terror“ von Beginn an zu kurz und konnten nur kontraproduktiv wirken. Das Problem heute: Bleibt Afghanistan ein „Failed State“, also ein gescheiterter Staat, stärkt das den internationalen Terrorismus. Gerät das Land erneut in einen Bürgerkrieg, wäre das in erster Linie eine Katastrophe für die afghanische Bevölkerung, aber auch eine Bedrohung für die Stabilität der ganzen Region.

## **Zivil vor Militär**

Auch wenn eine militärische Absicherung weiterhin notwendig ist, steht fest: Eine erfolgreiche Stabilisierung Afghanistans wird von den Fortschritten beim Staatsaufbau und der Entwicklung des Landes außerhalb der Hauptstadt Kabul abhängen. Stattdessen haben sich in der Vergangenheit die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zu oft allein auf den militärischen Aspekt konzentriert, während der zivile Aufbau vernachlässigt wurde. Das spiegelt sich sogar im deutschen Beitrag wider: Im Rahmen des ISAF-Mandats werden 3.500 Soldatinnen und Soldaten (die Obergrenze für 2009 liegt bei 4.500) eingesetzt. Deutschland ist damit der drittgrößte Truppensteller und hat die Führungsverantwortung für die Nordregion. Sechs Tornado-Flugzeuge werden für die Luftraumüberwachung zur Verfügung gestellt. Während der militärische Beitrag 2009 insgesamt circa 590 Millionen Euro verschlingen wird, fließt im selben Jahr mit 140 Millionen Euro nur knapp ein Viertel davon in den Wiederaufbau. Dieses Missverhältnis muss beendet werden.

## **Mehr Geld für zivile Projekte**

Es gibt Fortschritte in Afghanistan: Das Pro-Kopf-Einkommen hat sich seit 2001 verdreifacht; 85 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zur Basisgesundheitsversorgung, von den heute 6,2 Millionen Schülerinnen und Schülern sind inzwischen ein Drittel Mädchen. Nicht zuletzt im Umfeld des deutschen Einsatzes im Nordosten bewertet die Bevölkerung das Engagement überwiegend positiv. Noch – denn das Vertrauen schwindet dramatisch. Die Erfolge sind zu gering und sie sind zu wenig sichtbar. Infolge von Missernten sind viele Menschen in ländlichen Regionen auf Nahrungsmittellieferungen angewiesen. Wirtschaftliche Erfolge, die auch neue Arbeitsplätze bringen – wie zum Beispiel beim Aufbau einer Zuckerfabrik in der Nordprovinz Baghlan – konnten nur punktuell erreicht werden. Dazu haben Defizite bei der Ausbildung der Sicherheitskräfte und beim Aufbau von Justiz- und Verwaltungsstrukturen die Sicherheitslage negativ beeinflusst.

Die Mittel für den Aufbau reichen nicht aus. Verglichen mit anderen Staatsaufbauprozessen sind sie zu gering. Der Londoner Afghanistan-Pakt sieht als internationale Hilfe 10,4 Milliarden US-Dollar für fünf Jahre (2006-2010) vor. Deutschland zahlte von 2002 bis 2006 jährlich 80 Millionen Euro, 2007 100 Millionen Euro und 2008 sollten 140 Millionen zur Verfügung stehen – inklusive der Kosten für die Polizeiausbildung. Hinzu kamen 30 Millionen Euro Nahrungsmittelhilfe wegen der im Winter 2008/2009 drohenden Hungersnot. Der zivile Aufbau kommt mit diesen Mitteln nur schleppend voran. Wir fordern deswegen eine sofortige und deutliche finanzielle Aufstockung der Entwicklungszusammenarbeit.

Neben den finanziellen Mitteln muss auch die Qualität des deutschen und des europäischen Beitrags verbessert werden. Im Juni 2008 fand in Paris eine Afghanistan-Konferenz statt, auf der eine echte Überprüfung des Engagements verpasst wurde. Bündnis 90/Die Grünen hatten im Vorfeld die längst überfällige Evaluierung sowie eine realistische Neubewertung der Ziele angemahnt. Immer noch fehlt aber eine einheitliche Strategie,

allen Koordinierungsgremien zum Trotz. Außerdem bleibt die Transparenz der internationalen Entwicklungsprogramme rückständig. Die afghanische Regierung muss die für den Aufbau zur Verfügung gestellten internationalen Mittel verantwortlich und öffentlich nachvollziehbar einsetzen. Eine wirksame Korruptionsbekämpfung ist dafür die grundlegende Voraussetzung. Die afghanische Bevölkerung soll sich direkt am Aufbau beteiligen können und muss mehr in die Planung und Umsetzung von Hilfsmaßnahmen einbezogen werden, um stärker davon profitieren zu können. Das gilt insbesondere für Schwerpunktbereiche wie die Frauenförderung, die ländliche Entwicklung und den Bildungsbereich.

## **Defizite beim Staatsaufbau**

Der Ende 2001 auf dem Bonner Petersberg begonnene „Bonn-Prozess“ sollte die Grundlagen für den staatlichen Aufbau Afghanistans legen. Hamid Karsai wurde Übergangspräsident und 2004 in Wahlen bestätigt. Im selben Jahr wurde die neu erarbeitete afghanische Verfassung ratifiziert. Ein Jahr später folgten Parlamentswahlen, mit denen die erste Phase des politischen Aufbauprozesses abgeschlossen wurde. Die Grundlagen für ein neues politisches System einschließlich der Beteiligung von Frauen, Ansätzen zu einer Zivilgesellschaft und zu freier Presse waren gelegt.

Dennoch hat der „Bonn-Prozess“ nicht das erhoffte Maß an Stabilität gebracht. Die Herausforderungen des politischen Aufbaus angesichts kaum vorhandener Strukturen, mangelnder Kapazitäten und weitreichender Zerstörungen nach Jahren des Bürgerkriegs wurden unterschätzt. Viele Institutionen funktionierten noch nicht einmal mit einem Mindestmaß an Transparenz und Effizienz. Der Rahmen für den weiteren Aufbauprozess wurde Anfang 2006 als „Afghanistan-Compact“ in London verabschiedet. Seine Umsetzung kam jedoch bisher viel zu langsam voran. Neue Institutionen, darunter auch das Parlament, sind noch in der Aufbauphase und haben zu wenig Einfluss. Lokale Machthaber und Milizen sowie Korruptionsvorwürfe gegen Regierungsmitglieder und ihr Umfeld hemmen die Legitimität und Autorität der Regierung unter Präsident Karsai. Clanstrukturen und machtvolle Warlords schwächen zudem die neue Ordnung.

## **Polizei und Justiz stärken**

Der Aufbau einer funktionsfähigen Polizei und Justiz ist eine der Kernvoraussetzungen, um in Afghanistan selbsttragende Sicherheitsstrukturen zu etablieren. Aber das Ziel einer durchsetzungsfähigen und respektierten Polizei ist noch in weiter Ferne. Stattdessen bleibt ihr Ansehen gering und die Korruption verbreitet. Deutschland als verantwortliche Nation für den Polizeiaufbau hat diesen Bereich nicht genug gestärkt. Seit 2002 wurden von der Bundesregierung jährlich rund 20 Millionen Euro investiert, 2008 sogar 35,7 Millionen Euro. Das ist im Vergleich zu 800 Millionen Dollar Jahresbudget seitens der USA viel zu wenig. Nur rund 40 deutsche Polizeiberaterinnen und -berater bilden derzeit in Afghanistan aus. Und auch die 2007 eingesetzte europäische Polizeimission (EUPOL) kann bisher weder ihre Führungsrolle bei der Koordinierung und Planung ausfüllen noch einen nennenswerten Beitrag zur praktischen Ausbildung leisten.

Wir Grüne haben wiederholt in Anfragen und Anträgen sowie öffentlichen Aussagen auf die Missstände hingewiesen und die Bundesregierung zum Handeln aufgerufen: Um eine Verbesserung der Ausbildung zu erreichen, braucht es eine bessere Ausstattung im Bereich Polizeiausbildung, eine massive personelle Aufstockung und die Behebung struktureller Probleme bei der Rekrutierung.

Auch für den Aufbau eines effektiven Justizsystems stehen nicht genug Mittel zur Verfügung. Noch immer dominiert traditionelles Gewohnheitsrecht, oftmals herrscht eine sehr konservative islamische Rechtsprechung. Die staatlichen Institutionen und Strukturen sind schwach. Vor allem Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sind schlecht ausgebildet und anfällig für Korruption. Es besteht großer Beratungs- und Ausbildungsbedarf, der in Abstimmung mit der afghanischen Regierung insbesondere Fachleute aus der islamisch geprägten Welt einbeziehen sollte.

### **Landwirtschaft ohne Opiumanbau**

Nach Angaben des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) überstiegen die afghanischen Rekord-Opiumernten der letzten Jahre den weltweiten Verbrauch. In jüngster Zeit sind entsprechend die

Preise gefallen. Die Zahl der Provinzen, in denen Opium angebaut wird, ging zurück. Während die reine Vernichtung von Anbauflächen die Existenzgrundlage vieler Bauern zu vernichten droht und sie in die Arme von Warlords treibt, liegt in der Entwicklung alternativer Einnahmequellen eine zentrale Herausforderung und Chance beim Aufbauprozess.

Polizeilich muss endlich gezielter gegen Drogengeschäfte und korrupte Strukturen vorgegangen werden. Darüber hinaus ist eine verbesserte regionale Zusammenarbeit, insbesondere mit dem Transitland Iran, notwendig. Zudem müssen Programme verstärkt werden, die den alternativen Anbau fördern, wie zum Beispiel die Gewinnung von Rosenöl oder von Safran – beides ist wirtschaftlich lukrativer als Opium. Auch der Lebensmittelanbau ist konkurrenzfähig, wenn die notwendige Infrastruktur existiert. Bäuerinnen und Bauern, die von Opium auf Alternativen umstellen, müssen finanziell und technisch unterstützt werden. Langfristiges Ziel muss es sein, die Lebensmittelversorgung Afghanistans so weit wie möglich aus autarker Landwirtschaft zu sichern und auf diese Weise den Schlafmohnanbau zurückzudrängen.

## **Diplomatie und regionale Initiativen**

Sicherheit lässt sich nicht allein militärisch erzwingen. Afghanistan braucht vor allem einen politischen Dialog zwischen den verfeindeten Lagern. Im Zentrum müssen dabei der innerafghanische Versöhnungsprozess und die Aufarbeitung der Verbrechen der Vergangenheit (Transitional Justice Action Plan) stehen. Auch verhandlungsbereite oppositionelle Kräfte sollten in diesen Dialog einbezogen werden, ebenso wie die Nachbarländer Pakistan und Iran. Regionale Kooperationen und Versöhnungsprozesse, insbesondere zwischen Afghanistan und Pakistan sowie den beiden Nuklearmächten Indien und Pakistan, müssen von der internationalen Gemeinschaft stärker unterstützt werden. Mit der neuen US-Administration unter Barack Obama stehen die Chancen dafür nun besser.

Die Anschläge im indischen Bombay im November 2008 mit fast 200 Toten haben das große Spannungspotenzial in der Region verdeutlicht. Die instabile Lage in Pakistan hat auch die Gewalt in Afghanistan verstärkt. Insbesondere die Stammesgebiete in West-Pakistan sind ein Rückzugsraum für Extremisten. Um das zu ändern, braucht Pakistan bei seiner Rückkehr zur Demokratie und der Durchführung notwendiger Reformen sowie bei langfristigen Investitionen in Bildung und Entwicklung mehr internationale Unterstützung. Stabilität und ein funktionierendes Staatswesen in Pakistan sind grundlegende Voraussetzungen für den Wiederaufbau in Afghanistan.

## **Menschenrechte und Frauen**

Obwohl mit der afghanischen Verfassung ein klarer Rechtsrahmen geschaffen wurde und Afghanistan zahlreiche internationale Abkommen unterzeichnet hat, sind die wenigsten dieser Rechte Realität. Das Justizsystem hat gravierende Mängel, Zeugen berichten von unmenschlichen Haftbedingungen, Folter und Misshandlung von Häftlingen, insbesondere im Gewahrsam des Geheimdienstes. Nach einigen Jahren ohne Hinrichtungen wurden im Oktober 2007 wieder 15 Menschen hingerichtet, weitere sind vom Vollzug der Todesstrafe unmittelbar bedroht.

Die Herrschaft der Stammestraditionen und die schlechte Sicherheitssituation befördern die mangelhafte Menschenrechtsslage. Darunter leiden besonders die Frauen. Zwar ist die von den Taliban betriebene völlige Entmündigung der Frauen beendet, dennoch werden sie weiterhin massiv diskriminiert. In der Regierungsführung sind Frauen unterrepräsentiert, im Justizsystem werden ihre Belange weithin ignoriert. Im Bildungsbereich hat sich der Anteil von Mädchen zwar erhöht, aber das muss noch besser werden.

Vorbildliche Arbeit zur Stärkung der Frauenrechte in Afghanistan leistet die Organisation medica mondiale, deren Gründerin Monika Hauser 2008 den alternativen Nobelpreis erhielt. Unter schwierigen Bedingungen bietet die Organisation medizinische und psychosoziale Hilfeleistungen sowie Rechtsberatung und politische Lobbyarbeit für Frauen an. Dabei werden Ärztinnen, Hebammen, Krankenschwestern, Anwältinnen, Polizei- und Gefängnispersonal fortgebildet, um in ihren Bereichen Frauen und Mädchen fachgerechter unterstützen zu können und ihre Rechte zu achten. Auch lokale Akteure werden einbezogen, zum Beispiel islamische Rich-

ter und Mullahs, um sie für die Belange von Frauen zu sensibilisieren. Vonseiten der internationalen Gemeinschaft gilt es, im Sinne der UN-Resolution 1325 Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit mit konkreten Maßnahmen und Projekten zu stärken.

Auch der Druck auf die Medien und kritische Aktivistinnen und Aktivisten in Afghanistan ist groß, wie exemplarisch der Fall von Sayed Kambakhsh zeigt. Der Journalistik-Student wurde von einem Gericht in Nordafghanistan wegen Gotteslästerung zum Tode verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, an seiner Universität per E-Mail einen Artikel verbreitet zu haben, der sich kritisch über Mohammed äußerte. Kambakhsh bestreitet diesen Vorwurf. Ein Geständnis sei unter Folter erzwungen worden. Der Hauptbelastungszeuge hat seine Aussage widerrufen und den afghanischen Geheimdienst NDS beschuldigt, er sei zu seiner Aussage gezwungen worden. Ein Berufungsgericht in Kabul hat zwar das Todesurteil aufgehoben, aber den Studenten dennoch zu 20 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Dieses Urteil ist nicht hinnehmbar und ein trauriger Beweis für die Defizite in der afghanischen Rechtsstaatlichkeit.

Wir wollen, dass die Einhaltung der Menschenrechte als Schwerpunkt für gute Regierungsführung nachhaltig gestärkt und als Querschnittsaufgabe bei allen Entwicklungsbemühungen einbezogen wird.

## **Menschenrechte und Guantánamo**

Am 13. November 2001 unterzeichnete US-Präsident George W. Bush als eine seiner Maßnahmen im „Krieg gegen den Terror“ eine Verfügung, mit der ausländische Terroristen vor ein Militärgericht statt vor ein Strafgericht gestellt werden können. Hunderte Häftlinge, die vor allem in Afghanistan oder Pakistan festgenommen wurden, hielt und hält die US-Regierung seitdem in Guantánamo ohne einen Zugang zu ordentlichen Gerichten fest. Im Oktober 2006 weichten die Amerikaner vor dem Hintergrund der Terrorismusbekämpfung die Mindeststandards, die Kriegsgefangenen nach den Genfer Konventionen zustehen, weiter auf. Mit dem Military Commissions Act wurden Praktiken, die nach internationaler Definition als Folter gelten, als Verhörmethoden der Geheimdienste zugelassen. Ein so verstandener „Krieg gegen den Terror“ hat rechtsstaatliche Grundlagen, die die internationale Gemeinschaft in Afghanistan schaffen will, beschädigt und den Terrorismus gestärkt. Jetzt hat der neue US-Präsident Barack Obama die Auflösung des Lagers angekündigt. Wir Grüne unterstützen seine Bemühungen, auch bezüglich der Rücknahme des Military Commissions Act.

Durch den Fall Murat Kurnaz war auch Deutschland direkt mit diesem völkerrechtswidrigen Vorgehen konfrontiert. Kurnaz war 2001 nach Pakistan gereist. Dort wurde er festgenommen, an die US-Amerikaner verkauft und in Afghanistan in einem US-Stützpunkt festgehalten und misshandelt. Dieses Gefangenenlager wurde zeitweilig auch von deutschen Bundeswehrangehörigen bewacht. Murat Kurnaz durchlitt später in Guantánamo ein regelrechtes Martyrium, das, auch aufgrund eines unzureichenden Engagements der damaligen Bundesregierung, erst nach Jahren beendet werden konnte. Für uns steht fest: Es darf keine menschenrechtlichen Grauzonen bei Auslandseinsätzen geben. Das ist unverantwortlich gegenüber den betroffenen Menschen, aber auch gegenüber den eingesetzten Soldatinnen und Soldaten, die mit den Folgen der Ungewissheiten konfrontiert sind.

## **Grüne vor Ort**

Abgeordnete der grünen Bundestagsfraktion haben in regelmäßigen Abständen Afghanistan besucht, um Fortschritte und Herausforderungen direkt vor Ort einschätzen zu können. Dabei stand besonders der Austausch mit der afghanischen Zivilgesellschaft im Mittelpunkt. Ein weiterer Schwerpunkt der Reisen waren die Belange der in Afghanistan eingesetzten Fachkräfte in der Entwicklungszusammenarbeit, der deutschen Polizistinnen und Polizisten beziehungsweise der Soldatinnen und Soldaten. Alle leisten mit großem Engagement einen Beitrag zum Aufbau in Afghanistan. Ihre Einschätzungen und Empfehlungen müssen aber stärker in die Weiterentwicklung der Projekte einbezogen werden. Bei den Besuchen wurde deutlich, dass die Stabilisierung des Landes von konkreten zivilen Projekten abhängt, wie zum Beispiel dem Aufbau eines Umspannwerkes zur Elektrizitätsversorgung, den Frauenprojekten von medica mondiale oder der Rechtsberatung der Gesellschaft für Entwicklung und technische Zusammenarbeit (GTZ). Diese Anstrengungen müssen gestärkt und ausgebaut werden.

## **Heinrich-Böll-Stiftung in Afghanistan**

Die grünnahe Heinrich-Böll-Stiftung ist seit 2002 in Kabul und im Südosten Afghanistans aktiv. Sie versucht den pluralistischen Dialog, die Friedenssicherung und nachhaltige Entwicklungen im Land zu fördern. Projekte in Kooperation mit afghanischen Partnerorganisationen stärken die demokratische Zivilgesellschaft und die Zusammenarbeit mit traditionellen Stammesstrukturen im Südosten des Landes. Ein herausragendes Projekt hat die Heinrich-Böll-Stiftung vor fünf Jahren mit dem afghanischen „The Liason Office“ (TLO) angestoßen. Die Organisation, mit Zentrale in Kabul und Außenstellen in verschiedenen Provinzen, dient als Verbindungsbüro zu Stammesstrukturen und deren Führern, die in zahlreichen Provinzen das wichtigste Instrument lokaler Herrschaft bilden. Mit dieser Zusammenarbeit versuchen TLO und die Heinrich-Böll-Stiftung das Verständnis lokaler Konfliktstrukturen zu verbessern und an lokale Demokratisierungsansätze anzuschließen. In der Friedens- und Sicherheitspolitik konzentriert sich die Arbeit auf das Grenzgebiet Pakistan/Afghanistan. Weitere Schwerpunkte sind die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen, geschlechtergerechte Gesetzgebung und der Aufbau bürgerschaftlichen Verantwortungsbewusstseins. Das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Kabul ist Anlaufstelle für nationale und internationale Akteure und unterstützt den Wissensaustausch und Dialog zwischen afghanischen Partnern und deutschen Delegationen.

## **OEF beenden**

Eine militärische Präsenz in Afghanistan ist im Moment noch notwendig, um die Stabilität im Land und den politischen Aufbauprozess abzusichern. Andererseits ist klar, dass die Bundeswehr und andere Kräfte im Rahmen der NATO nicht auf Dauer die Sicherheit in Afghanistan gewährleisten können. Es muss eine zeitliche Perspektive entwickelt werden, in der die Afghaninnen und Afghanen die Stabilität in ihrem Land selbst garantieren können. Eine verantwortungsvolle Politik muss dafür realistische Zielmarken definieren.

Die grüne Bundestagsfraktion hat auch 2008 die weitere deutsche Unterstützung des militärischen Anti-Terrorkampfes im Rahmen der US-Operation Enduring Freedom (OEF) abgelehnt. OEF hat – im Gegensatz zu ISAF – kein UN-Mandat. OEF ist ein Militäreinsatz unter Führung der USA auf Grundlage des vom UN-Sicherheitsrat nach den Terror-Anschlägen vom 11. September 2001 festgestellten Selbstverteidigungsrechts. Dieser Einsatz sollte in erster Linie der Bekämpfung von terroristischen Strukturen der Al-Qaida und ihrer Unterstützer dienen. Das Recht auf Selbstverteidigung wirkt jedoch nicht endlos. Spätestens mit der Ausdehnung von ISAF auf ganz Afghanistan lässt sich der OEF-Einsatz nicht mehr als Reaktion auf die Terroranschläge des 11. September begründen und damit auch nicht durch Art. 51 der UN-Charta und Artikel 5 des NATO-Vertrags (gegenseitiger Beistand) politisch und völkerrechtlich legitimieren. Die außerhalb von ISAF operierenden OEF-Streitkräfte der USA und ihrer Verbündeten haben zudem mit der souveränen afghanischen Regierung kein Stationierungsabkommen geschlossen, das die Befugnisse der Streitkräfte im Land rechtlich regelt.

Neben Ausbildungsaktivitäten ist OEF noch immer für die offensive Terrorbekämpfung zuständig. Die Vereinten Nationen und die Nichtregierungsorganisation Human Rights Watch haben eine besorgniserregende Zunahme der Opfer festgestellt. Im Jahr 2008 war mit 2.100 Toten ein trauriger Höhepunkt und ein Zuwachs von 40 Prozent im Vergleich zu 2007 zu verzeichnen. Die Mehrheit der Verluste unter der Zivilbevölkerung geht zwar direkt auf Aktionen der Taliban und anderer oppositioneller militanter Kräfte zurück. Trotz neuer Einsatzregeln sind aber 40 Prozent der Opfer Einsätzen von ISAF, OEF oder afghanischen Regierungskräften zuzuordnen. Vieles deutet darauf hin, dass die Art und Weise des militärischen Vorgehens, vor allem Luftangriffe durch OEF-Kontingente, für die hohe Zahl der zivilen Opfer verantwortlich ist. Das Nebeneinander von ISAF und OEF sowie das eigenmächtige militärische Vorgehen der USA in Afghanistan, Pakistan und anderen Staaten sind kontraproduktiv und mitverantwortlich für den Akzeptanzverlust der internationalen Staatengemeinschaft in Afghanistan. Mit der neuen US-Regierung besteht die Chance auf einen konstruktiven Dialog und eine Änderung der Militärstrategie. Dennoch sagt die Bundesregierung weiter Ja zu OEF und einem noch immer militärisch fixierten „Krieg gegen den Terrorismus“, der politisch und völkerrechtlich untragbar geworden ist.

## **Verantwortung ernst nehmen**

Sechs Jahre nach der Bonner Petersberg-Konferenz fällt die Bilanz beim Wiederaufbau in Afghanistan gemischt aus. Es gibt Fortschritte und positive Entwicklungen. Während im Nordosten des Landes der zivile Aufbau erste Früchte trägt, konnten andere Regionen hingegen nur wenig profitieren. Vor allem im Süden und Südosten des Landes gewinnen Taliban und Aufständische an Zulauf und bedrohen die afghanische Bevölkerung – trotz Präsenz der NATO-Truppen.

Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine offene und selbstkritische Debatte über den Stand des Aufbaus und die damit verbundenen Herausforderungen. Grundlage ist der Wunsch nach einem friedlichen und stabilen Afghanistan. Wer die Situation beschönigt, gefährdet die Erfolgsaussichten ebenso wie jene, die einen unverantwortlichen Totalrückzug aus Afghanistan fordern. Die Prioritäten der internationalen Afghanistan-Politik sind nach wie vor falsch gesetzt. Wir fordern einen Kurswechsel: weg von der militärischen Dominanz hin zu einer wirksamen Stärkung der zivilen Aufbau- und Friedensarbeit.

Wer mehr SoldatInnen nach Afghanistan schickt, muss seinen Gesamtansatz erklären und eine selbstkritische Bilanz ziehen. Dies ist bisher nur unzureichend geschehen. Der Aufbau von Polizei und Justiz hinkt dem militärischen Engagement weit hinterher. Eigene afghanische Kapazitäten sind unterentwickelt, die vielen internationalen Akteure agieren weiterhin ohne einheitliche Strategie. Das gilt auch für den militärischen Bereich, in dem zwei Missionen, ISAF und OEF, nebeneinander operieren, – und letztere auch noch ohne völkerrechtliche Grundlage.

Weitere ausländische Militärkräfte allein werden die Probleme in Afghanistan nicht lösen. Wir setzen uns für eine konsequente Stärkung des zivilen Aufbaus ein, der für die gesamte Bevölkerung spürbar wird. Dafür muss die internationale Gemeinschaft, aber auch die afghanische Regierung ihrer Verantwortung gerecht werden. Die bisher verpasste Chance zur Evaluierung und die Verständigung auf realistische gemeinsame Ziele müssen schnellst möglich nachgeholt werden. Die neue US-Administration unter Präsident Obama ist für diesen Kurswechsel ein wichtiger Ansprechpartner.

Wir brauchen eine breite öffentliche Auseinandersetzung in Deutschland über die Kriterien, Interessen und Ziele der deutschen Politik in und für Afghanistan sowie eine Debatte über Dauer und Ziele des Bundeswehreinsetzes. Ein einfaches „Weiter so“ darf es nicht geben. Bündnis 90/Die Grünen werden die Debatte über den Afghanistaneinsatz weiter kontrovers führen.

## **Noch Fragen?**

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion  
Arbeitskreis 4: Internationale Politik und Menschenrechte  
T. 030/227 56789, F. 030/227 56552, [info@gruene-bundestag.de](mailto:info@gruene-bundestag.de)

## **Zum Weiterlesen:**

Hintergrund Afghanistan & Aufsatz von Ute Koczy und Barbara Unmüßig  
beide auf: [www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de) » Themen A-Z » Internationales  
Afghanistan. Kurswechsel jetzt! (Flyer 16135)  
Weitere Infos auch auf: [www.nachtwei.de](http://www.nachtwei.de)

## **Bundestagsdrucksachen:**

16/9428 Staatsaufbau in Afghanistan 2008  
16/8887 Entwicklung in Afghanistan 2008  
16/10589 Entschließungsantrag zur ISAF-Verlängerung 2008  
16/12113 Afghanistan beim NATO-Gipfel in Kehl/Straßburg 2009